

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 5. Februar 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 15

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Streiflichter, IV. — Den Manen von Karl Knie!
 Gewerkschaftsrevue: Rückblick. — Bemerkenswerte Anerkennung gewerkschaftlichen Wirkens. — Sorgen der Arbeitgeberverbände. — Umkündigung einer Reform des preussischen Wahlrechts. — Reichstagsverhandlungen (Abschlüßung der „Deutschen Arbeitszeitgesetz“; Regierungserklärung über die Änderung des Reichsvereinsgesetzes; Beschließung der Altersgrenze bei der Altersrente). — Wichtige wirtschaftspolitische Konjunktur.
 Aus dem Genossenschaftsleben: Kriegswirtschaftliches.
 Korrespondenzen: Kirchberg. — Osterweid. — Rothenburg o. T. Worms. — Völlen.
 Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegs- und Steuerungsulagen. — Gehilfenprüfungen in Berlin. — Schöffenauslösung. — Wirtschaftsgesetz der Zentralmächte. — Neue Fortschritte der „Volksfürsorge“. — Gewerbliche Kapitalanlagen im Kriege. — Profit und Patriotismus im Schubhandel.

Streiflichter

IV.

Fortfahrend in den Betrachtungen, wie sie in den drei Artikeln von Nr. 9 und 10 begonnen wurden, wenden wir uns nunmehr den Nothständen im Buch- und im Zeitungsgewerbe zu, wobei noch Beschränkung geübt werden muß, da alle Zeit-übel dieser Art gar nicht in einer Nummer erörtert werden können.

Die Nothlage der Gehilfenschaft wird nach der neuesten Gestalt der Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt und bei der zunehmenden, nicht immer, aber doch meistens künstlich bewerkstelligten Knappheit wichtiger Nahrungsmittel durch spekulatives Zurückhalten größer und größer. Die jüngsten Steuerungsdebatten im Reichstage wie in verschiedenen Landesparlamenten haben damit eine Befestigung gefunden, wie sie für die Ohnmacht gegenüber den schamlosen Kriegsgewinnlern gar nicht bezeichnender sein kann. Dieser Generalfreik der Lebensmittelproduzenten, deren weiser Kreis in den Landwirten nur sein Zentrum findet, ist zu einer feindseligen Hauptmacht geworden, die den kriegführenden wie den neutralen Ländern den Lebensnerv bedenklich lähmt. Die bestehenden Unterschiede sind lediglich ein Beweis für die nicht in gleichem Maße sich zeigende Rücksichtslosigkeit gegen die eignen Volksgenossen oder die leidende Menschheit überhaupt. Unter diesen Umständen muß die in östlichen Berichten verschiedentlich festgestellte Ablehnung von Steuerungsulagen seitens der gesamten (östlichen) Prinzipalität erbitternd wirken. Es drängt sich hierdurch die Frage auf, ob denn solche Verabredungen nicht unmöglich gemacht werden können. Daß es sich um solche handelt, zeigt klarlich das gute Beispiel der Steuerungsulagen gewährenden Firmen in der größeren Zahl der Druckorte. Das in Nr. 10 geschilderte resolute Vorgehen der österröichlichen Prinzipalitätsleitung ist wirklich zur Nachahmung zu empfehlen.

Der Gehilfennot zu steuern, ist eine nochmalige Erklärung des preussischen Kriegsministers geeigneter als die früher gegebenen Zusicherungen. In Nr. 3 zitierten wir aus dem „Zeitungsvorlag“ eine Mitteilung, wonach von dieser militärischen Zentralstelle während der Dezemberverhandlungen des Reichstages dem Zeitungsgewerbe direkt größere Berücksichtigung von Reklamationen zugesagt wurde, damit Betriebseinstellungen vermieden würden. In der Januartagung hat Herr v. Wandel im allgemeinen eine Erklärung über die Entlassung von garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungs-fähigen Mannschaften abgegeben, die auch für unsere prekären

Verhältnisse von Belang ist. Nach dem amtlichen Stenogramm lagte der Kriegsminister:

Herr Abgeordneter Raden wünschte die Entlassung von garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungs-fähigen Mannschaften aus den Ersatzruppentellen. Wir können diesen Wunsch nur billigen, sind auch bereits auf diesem Wege fortgeschritten. Wir haben gar kein Interesse daran, daß mehr Leute in den Ersatzbatalionen sich befinden, als für die Ausübung des Dienstes in der Garnison, sei es nun zur Bewachung von Eisenbahnen oder militärischen Gebäuden, Gefangenen und dergleichen, sei es für die Ausbildung, an Aufschichtpersonal erforderlich sind. Es ist selbstverständlich, daß auch seitens der Militärverwaltung der Gesichtspunkt, möglichst wenig Leute dem volkswirtschaftlichen Leben zu entziehen, beachtet wird, und es ist Anordnung getroffen, daß alle die Leute, die nur arbeits- oder garnisondienstfähig sind und in der Truppe nicht unbedingt gebraucht werden, nach und nach zur Entlassung gelangen und erst dann wieder einberufen werden, wenn Bedarf für sie vorhanden ist. Ich möchte also, wenn ich auf den Antrag zurückkomme, noch einmal wiederholen, daß ebenso wie bei den Beurlaubungen auch auf diesem Gebiete nie vergessen werden darf, daß das Heer nicht Selbstzweck, sondern bei der Ausbildung, Zurückhaltung usw. auch die Gesichtspunkte des allgemeinen Lebens der Bevölkerung berücksichtigen und nach Möglichkeit gefördert werden müssen.

Das ist eine wertvolle Zusage, denn neben dem früher verkündeten größeren Umfange der Beurlaubungen und der Reklamationen sollen nun auch Entlassungen von garnisondienst- und von arbeitsverwendungs-fähigen Soldaten eintreten, wo es nur angängig ist. Da der Abgeordnete Dittmann bei den Januarstisungen des Haushaltsausschusses moniert hatte, daß die Presse nicht nur unter der Zensur leide, sondern ihr auch die Redakteure und das technische Personal durch Einberufungen zu sehr entzogen würden, kann es keinem Zweifel unterliegen — nach den erwähnten Versprechungen des Kriegsministers vom Dezember erst recht nicht —, daß den Zeitungsbetrieben und dem Buchdruckergewerbe überhaupt nun durch die Tat nachrücklicher geholfen wird. Natürlich darf es nicht an den notwendigen Anträgen und auch nicht an deren rechtzeitigiger Stellung fehlen. Aber es braucht doch nun nicht bloß nach dem Recepte gegriffen zu werden, das für gar manchen Prinzipal und Zeitungsvorleger am nächsten zu liegen schien, und das in seiner klassischen Einfachheit an jene Empfehlung erinnert, die ein höherer Militär sich einem durch Einziehungen recht bedrängten Bühnenleiter gegenüber leistete: „Lassen Sie die Männerrollen einfach von den Weibern spielen!“ Wenn die in den Parlamenten allenthalben recht übel davon kommende Zensur — übrigens mit vollster Berechtigung! — auch in der Weise größerer Einfachheit bekunden würde, daß sie von dem neuerlichen Verlangen abgeht, zensurierte Stellen nur durch Punkte anzudeuten, wo sonst weiße Flächen von ihrer Tätigkeit Zeugnis ablegten, käme noch ein kleines Mittel in Anwendung, mit dem die gegenwärtig so notwendige Arbeitserparnis gefördert werden kann.

Papiernot hat die Zeitungsvorleger zu einer öffentlichen Kundgebung veranlaßt, der eine außerordentlich stark besuchte Versammlung in Berlin am 23. Januar vorausgegangen ist, wovon ja bereits Mitteilung im „Korr.“ gemacht wurde. Der Deutsche Buchdruckerverein hat zuvor schon die höchsten Behörden des Deutschen Reichs mit einer Eingabe bedacht, in der auf die fortgesetzten Preissteigerungen für alle Papierarten wie auf die großen Schwierigkeiten des trotzdem kaum noch zu deckenden Papierbedarfs hingewiesen wurde. Die weitere, jedoch

nur kurze Entwicklung hat zu einer direkten Gefahr hinsichtlich der Beschaffung von Zeitungsdruk-papier geführt. Die Papiernot ist nicht so eine Kriegsercheinung wie der Mangel an und die Wucherpreise in den Lebensmitteln. Gleich andern Gegenständen des geschäftlichen und industriellen Bedarfs ist hier beschränkte oder unterbundene Einfuhr die Hauptursache. Die Papierfabriken tun freilich ein übriges, wie während der Kriegszeit durch ansehnliche Preissteigerungen schon zu Zeitpunkten erkennbar war, als der erwähnte Umstand noch keine oder nur eine geringe Rolle spielte. Selbst hat das in Schweden erlassene und eigentlich gegen England als Vergeltungsmahnahme gerichtete Ausfuhrverbot eines Rohstoffes die Lage verschlimmert. Die schwedischen Papierfabriken haben selbst eine nochmalige Erhöhung von 10 Proz. für alle Erzeugnisse eintreten lassen, mit Ausnahme für Normal- und Buntdruckpapier. In England wird mit einer Verteuerung um mindestens 40 Proz. gerechnet, weshalb, wie in voriger Nummer schon berichtet wurde, der Umfang der englischen Presse erheblich ver-ringert werden soll. Das gleiche soll nach dem Vor-schlage der Zeitungsvorlegerorganisation auch für Deutschland eintreten, und zwar auf dem Verordnungswege für die weifere Dauer des Kriegs. Der Verein deutscher Zeitungsvorleger wird nämlich der Reichs-regierung bestimmte Maßnahmen zu einer zweck-entsprechenden Einschränkung des Verbrauchs von Zeitungsdrukpapier empfehlen, die dann durch Zwang Ein- und Durchführung finden soll. Ein außerordentlicher Schrift, den die Not gebietet. Wäre der Gehilfenmangel nicht schon so ungewöhnlich groß, müßte daraus auch ein merklicher Rückschlag auf die Arbeitslosigkeit befürchtet werden. Wie die Dinge aber gegenwärtig liegen, kann durch Weg-fall oder Kürzung eines namentlich in den größeren Zeitungen entbehrlichen Teils des Lesestoffes nur eine Erleichterung der Sachherstellung eintreten, die jetzt auch den Gehilfeninteressen entspricht. Wo wirk-lich Entlassungen stattfinden sollten, wäre ja sehr schnell andere Arbeitsmöglichkeit geboten. Die seitens der Zeitungsvorleger den Papierfabriken zugesagte Unterstützung in dem Bestreben zur Aufrechterhaltung von deren Betrieben spricht für großen Arbeiter-mangel auch dort. Andererseits ist die ererbene Mit-wirkung der Regierung bei Festsetzung der Verkaufs-preise für Zeitungspapier ein Zeichen der Zeit von der Art, wie sie leider zur gewohnten Erscheinung geworden ist. Es ist zu wünschen, daß auch diese starken Erschwernisse so überwunden werden können, wie es nicht nur dem Interesse der Zeitungsvorleger und der Druckereibesitzer, sondern auch dem der Gehilfenschaft entspricht, das hierbei in verschiedent-licher Beziehung berührt wird. Die für manchen zur quälendsten Sorge gewordene Frage des Gehilfenerlasses kann jedenfalls dadurch wie durch das vorhergehend besprochene Moment der Abhilfe eine Umstellung auf der gewerblichen Tagesordnung erfahren.

Die Preisnot bei unsern Prinzipalen hat be-kanntlich zu einem abermaligen Vorgehen zwecks Erlangung von Aufschlägen für behördliche Druck-arbeiten geführt. Nach Mitteilung der „Zeitschrift“ wurde diese Eingabe bisher 2500 Behörden und andern Stellen übermittelt, die Druckfachenbedarf in größerem Maßstabe haben. Ob die Preistarif-opposition, die inzwischen in betreff des Lohnstarifs die Maske schon etwas mehr gelüftet hat und unfre

frühere Charakterisierung jedenfalls noch im vollen Umfange beständig dürfte, nun abermals den Zeitpunkt für gekommen erachten wird, gewerbeschädigende Lebenszeichen von sich zu geben, muß abgewartet werden. Die auch in öffentlichen Blättern zu finden gewesene Darlegung der Druckpreisverhältnisse verfolgt noch ein andres Ziel, nämlich den Widerstand gegen angemessene Bezahlung für Druckarbeiten bei den Behörden zu brechen, die bislang unzugänglich waren und ihr Heil in scharfen Submissionsbedingungen erblickten. Der Krieg hat zwar auch hier mildere Auffassungen gezeigt, aber bei städtischen Behörden ist die Hartnäckigkeit des bisherigen Standpunktes im allgemeinen doch noch groß. Was z. B. die sonst gewiß nicht rückständige Stadt Leipzig hierin leidet, obwohl das Buchdruckgewerbe die Bedeutung dieses blühenden Gemeinwesens zu einem großen Teil ausmacht, ist einfach zum Verwundern. Können wir auch hier auf Einkehr und auf Besserung der allgemein obwaltenden Umstände, damit die unterschiedlichen Hoffnungen bald dem erfreulichen Gegenteil weichen.

□ □ Den Manen von Karl Knie! □ □

Der Tod hat wiederum eine schmerzliche Wunde in unsere Reihen gerissen. Wir trauern um Karl Knie, der ein Menschenalter unermüdet für unsere Sache gewirkt und dessen Gelingen uns aufs tiefste betriebe. Das Herz, das so warm für die Allgemeinheit geschlagen, steht still, die emsige Hand ruht nach getaner Arbeit. Schon länger besaßen ja merklich die Kräfte zu schwinden, aber niemand dachte an ein so rasches Ende, zumal er noch am 22. Januar Grüße an die Gaworferkonferenz in Berlin auftragte. Sein Wunsch, noch einmal unser Stuttgart von seinen rebenumkränzten Höhen zu schauen, ist leider nicht mehr in Erfüllung gegangen. Aber zwei Jahre war er durch eine schwere Astrienerkrankung an das Zimmer gefesselt, und nun hat er am Nachmittage des 26. Januar sein Leben ausgehaucht. Der Tod war ihm ein Erlöser.

Geboren am 14. Januar 1852 in Nördlingen, floßen ihm nur die dürftigen Bildungsmittel der Volksschule zu, und es gab vieles nachzuholen, um im werktätigen Leben mit Erfolg zu bestehen. Nach Beendigung der Lehre verließ er, wie sein damaliger Prinzipal im Abgangszeugnisse betonte, freiwillig seine Stellung, veranlaßt durch das Streben nach weiterer Ausbildung. Nach verschiedenen längeren Reisen findet er ihn dann in Kassel, Augsburg, Ingolstadt, Gießen, Gießen, Leipzig, Dresden, Graz, Innsbruck, Heidelberg, bis er sich im Dezember 1874 dauernd in Stuttgart niederließ.

Bald war Karl Knie tätig als Reisekassenerwalter und in den Ausschüssen unserer lokalen Vereinigung. In der Sturmbeugezeit 1891/92 bewährte er sich auf exponierten Posten trefflich und wurde von der Kollegenschaft Würtembergs zum beabsichtigten Gauerwalter berufen, in welcher Stellung er in den langen Jahren Bestes leistete. Es ist wohl kein Druckort des Gaus, in dem Knie nicht den Gedanken der Organisation propagierte, und zu Anfang der neunziger Jahre, wo ziellose Verbrüderung die Schmachtkonkurrenz zur höchsten Blüte treiben ließ, gab es sehr viel zu ordnen und zu regeln. Die Früchte dieser Organisation blieben nicht aus, und der Aufschwung unseres Gaus zeigt wohl am besten, was seine zähe, unablässige Propaganda brachte. Die Erhebung im Jahre 1905 zum 25jährigen Jubiläum als Gaufunktionär war eine wohlverdiente und hat unsern Knie überzeugt, daß seine Verdienste recht gewürdigt werden.

Erstmals 1886 als Delegierter zur Generalversammlung entsandt, finden wir Knie dann von 1891 ab auf sämtlichen Tagungen der Organisation, wo er verschiedentlich mit zur Leistung berufen wurde. Die Abgesandten der Kollegen haben hier nicht nur einen tüchtigen Verhandlungsführer kennen gelernt, sondern auch einen lebenswichtigen Gesellschafter, und so wurde manche Freundschaft angeknüpft. Nie getriebene Harmonie und ein gesunder Humor haben oft die Unterhaltung beherrscht und ließen die Widerwärtigkeiten des Alltagslebens vergessen.

Seit dem Jahre 1896 hat Karl Knie als Mitglied des Tarifschusses gewirkt und all die Mühen der Tarifgemeinschaft an verantwortlicher Stelle mit durchlebt. Regen Anteil nahm er am Ausbau unseres gewerblichen Geseges, und durch sein klares Urteil hat er viel zur Klärung mancher schwierigen Situation beigetragen. Die Schaffung des ersten Gehaltsinrentenansatzes ist zu einem wesentlichen Teil seiner Initiative zu verdanken. Der Boden der realen Tatsachen war Karl Knie lieber als Phantastengebilde. Besondere Bemühung empfand er stets darüber, daß die Organisation und das Gewerbe in fast 25jähriger Friedensperiode einen ungeahnten Aufschwung genommen und uns schwere soziale Kämpfe erspart blieben. Nichts hielt ihn ab, seiner Überzeugung auch dann Ausdruck zu geben, wenn er keinen Beifall erntete. Nicht immer fand er das richtige Verständnis bei einem Teil der Kollegen; aber die Zeit hat doch gelehrt, daß der bestreute Weg der richtige war. Als das Internationale Buchdruckersekretariat nach Stuttgart verlegt wurde, führte Karl Knie den Vorsitz im Verwaltungsausschuß bis zum Eintritt seiner Krankheit.

Die Arbeiterchaft Stuttgarts hat unsern Knie wiederholt Ehrenämter übertragen. Längere Zeit Vorstand der

Stuttgarter Ortskrankenkasse und viele Jahre im Ausschusse der Versicherungsanstalt Württemberg, hatte er reiche Gelegenheiten, sein soziales Empfinden auch dort zu bekunden. Zu Beginn des Jahres 1912 machten sich die ersten Anzeichen der Krankheit geltend. Von einer Versammlung der Stuttgarter Kollegenschaft nachts zu Hause angekommen, überfiel ihn ein Unwohlsein, das im weiteren Verlaufe zu einer lokalen Nahrung führte und ihn in seiner Tätigkeit behinderte. Nur kurze Zeit hat er sich wieder erholt und im Bureau betätigen können, auch eine Kur brachte nicht die gewünschte Besserung. Sein letztes Auftreten bei der Danziger Generalversammlung war der Abschluß seines vierteljährlichen Berichts. Schweren Herzens mußte er sich am 1. März 1914 nach längerer Krankheit zur Invalidisierung entschließen. Nun ruht er aus nach harter Arbeit! Das beste Andenken werden wir dem Verstorbenen dadurch wahren, daß wir in seine Fußstapfen treten und überall, wo es auch sei, den ganzen Mann stellen.

Karl Knies letzter Gang am Nachmittage des 29. Januar gestaltete sich zu einer mächtigen Trauerkundgebung auf dem Pragfriedhof. Rein äußerlich war schon zu erkennen, daß kein alltäglicher Mensch bestattet wurde. Wer nur irgendwie abkömmlich, war zur Stelle, um dem Freunde das letzte Geleit zu geben. Nun ruht der Verstorbene, in die Erde gebeftet, dort, von wo kein Licht sich nochmals in das liebe Heimatland wenden wollte, flankiert durch das Grabdenkmal des ehemaligen Zentralvorstandes unserer Organisation, Johannes Döblich, am Hauptweg des Pragfriedhofs. Unsere vereinigten Kollegenangehörigen, durch mühseliche Eimärschungen stark gelichtet, leisteten mit dem Lied „Aber den Sternen“ den Trauerakt ein. Nach den Worten des Geistlichen, welcher das arbeitsreiche Leben des Verstorbenen schilderte, nahm Kollege Döblich Veranlassung, in herzlichsten Worten die Verdienste des Entschlafenen um die Organisation im allgemeinen zu schildern und besonders das Ziel des Verstorbenen, die wirtschaftlichen Gegensätze in ruhiger Bahnen zu lenken, hervorzuheben. Namens des Gaus Württemberg dankte Kollege Klein dem unvergesslichen Sachwalter und Mitarbeiter, der seine Kraft für die schwächliche Kollegenschaft einsetzte und überall erfolgreich bestand. In Vertretung des Tarifschusses legte Kollege Kanfer einen Kranz nieder, in kurzen Worten das erspriehliche Wirken des Verstorbenen in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker hervorhebend. Nun folgten die Vertreter der Nachbargaue: Seitz (München), Baskin (Freiburg) und Seiwert (Mannheim), sowie viele Delegationen aus Württemberg. Für die „Korr.“-Redaktion, die örtlichen Sparten und für fast sämtliche Gaus des Verbandes wurden Kränze niedergelegt. Den Schluß bildeten die Stuttgarter Organisationen der Buchbinder, Lithographen und Steinsetzer, Buchdruckerhilfsarbeiter, Metallarbeiterverband, die vereinigten Gewerkschaften, sozialdemokratische Partei und „Gesellschaft Gewerkschaftsausbe- die Dämmung.“-Brach, bereit, als sich Vorbeur. auf Vorbeur. gehäuft und die Sänger, denen der Unvergessliche so oft gelauscht, mit Schlußsatz „Frieden über dem Grab“ ihm den letzten Abschiedsgruß entboten.

In dieser schweren Gegenwart, wo so viel Zukunftshoffnungen aus der besten Zeit des Lebens gerissen worden, fällt der Wegang dieses treuen Kampfgenossen doppelt schwer. Den Angehörigen mag als kleiner Trost im herben Leide dienen, was der Entschlafene an Liebe und Verehrung an seiner letzten Ruhestätte erfahren durfte.

Ein inhaltsreiches Leben ist beendet, das weder Ruh noch Rast kannte; groß und erhaben steht sein Schaffen vor unserm Auge. Und die wir noch in Beruf und Pflicht stehen, wollen uns geloben, Karl Knie als leuchtendes Vorbild zu nehmen und ihm das schönste und würdigste Denkmal dadurch setzen, daß wir unentwegt in seinem Geiste wirken. Er ruhe in Frieden!

□ □ □ □ Gewerkschaftsrevue □ □ □ □

Mancher interessante Vorgang aus dem hinter uns liegenden ersten Monate des Jahres 1916 spricht dafür, daß die bisherige, in gar keinem Verhältnis zu ihrer Stärke stehende Einflußlosigkeit der Arbeiterbewegung einem erhöhten Einfluß im staatlichen und wirtschaftlichen Leben zu weichen beginnt. Ob wir auf diese Vorgänge im einzelnen eingehen, sei aus dem Jahresrückblick des „Korrespondenzblattes“ einiges in Erinnerung gebracht. Das seit nunmehr 25 Jahren bestehende Zentralorgan hat sich aus kleinsten Anfängen zu einem der wichtigsten Arbeiterblätter der Welt entwickelt. Wie kein andres hat es in der allgemeinen Arbeiterchaft den Willen zu größerem Einfluß angefaßt und nachhaltig und wirksam beeinflusst. Schon aus diesem Grunde verdient das, was das „Korrespondenzblatt“ über das abgelaufene Jahr und über die Aufgaben im vor uns liegenden Jahresabschnitte zu sagen hat, die nötige Beachtung. „Die deutschen Gewerkschaften“, so hieß es in dem Jahresrückblick u. a., „haben sich seit dem Kriegsausbruch als Volksorganisationen großer Verbreitung und im besonderen sich als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse in den Dienst der inneren Kriegsfürsorge gestellt und nach besten Kräften, ohne ihre eignen Mittel zu schonen, an der Lösung der sozialen Aufgaben mitgearbeitet. Sie sahen es nicht aus Furcht oder Berechnung, sondern aus eigenem Antriebe. Sie konnten nur dringend wünschen, daß Deutschland aus dem ihm aufgewungenen Kriege siegreich und ohne Einbuße an Land und Volk hervorgehe, und nicht fremde Mächte den Frieden diktierten. Sie schäfernten auch

nicht mit Patriotismus, sondern erfüllten einfach ihre Pflicht. Diese Haltung haben sie sich auch im weiteren Verlaufe des Krieges bewahrt, und sie wurden darin bestärkt durch die erfreulichen Erfolge, die das einige Deutschland auf den Schlachtfeldern im Osten, Westen und Süden errang und die die Unverletzlichkeit der deutschen Grenzen verbürgten. Der innere Burgfrieden ist daher auch heute noch für sie eine Selbstverständlichkeit, über die nicht zu streiten ist. Ob die maßgebenden Kreise des Unternehmertums sich zur gleichen Höhe des Verdienstes nationaler Notwendigkeiten aufgeschwungen haben, oder ob sie es daran fehlen lassen, ist ihnen um so gleichgültiger, als ihre Haltung ja nicht von Rücksichten auf das Unternehmertum geleitet ist. Wo die Arbeitgeber sich rüchloslos von gemeinnützigem Interesse leiten lassen, haben es auch die Gewerkschaften nicht an Entgegenkommen fehlen lassen. Vor allem ist das Verhältnis der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen untereinander während des Krieges ein besseres geworden, und es ist zu hoffen, daß ein gemeinsames Arbeiten und Kämpfen im Interesse der gelamten Arbeiterklasse auch nach dem Kriege möglich sein wird.“

Sinnlichlich der aus der Zuspitzung der Gegensätze in der politischen Vertretung zu befürchtenden Zersplitterung der Arbeiterbewegung hieß es dann weiter in dem Jahresrückblick: „Nicht halten wir die Arbeiterbewegung für gesund genug, um den wahnwichtigen Angriff auf ihre stolze Einheit zurückzuweisen. Sollte sie sich ohnmächtig erweisen, dann wären die jahrzehntelangen Kämpfe um die Größe der deutschen Sozialdemokratie umsonst gewesen! Die Gewerkschaften werden, unbeeinträchtigt von der Haltung der Lebensrechtgruppe, für die wirklichen Interessen der deutschen Arbeiter eintreten, wie dies während des bisherigen Kriegsverlaufs geschah. Sie werden, eingedenk ihrer Vergangenheit, auch nicht ein Wort von den Grundfragen der Arbeiterbewegung aufgeben, sondern im Geiste ihrer Geschichte und Kämpfe weiter wirken an der Erfüllung ihrer Aufgaben und Ziele. Der kennt unsre Gewerkschaften nicht, der von ihnen glauben kann, sie würden nationalsozial oder harmniedulig werden. Zu beiden haben sie keinerlei Beruf. Der aber fälschlich sich erst recht in ihnen, der sie in den großen Lebensfragen der Arbeiterklasse beiseitezuschieben sucht. Die Zeiten sind längst vorüber, in denen die Partei über diese Dinge allein entscheiden konnte. Die Einheit der Partei geht auch die Gewerkschaften an, und diese dürfen nicht geteilt sein, auf erworbene Rechte leichterhand zu verzichten.“

Damit ist so deutlich wie nur möglich gesagt, daß sich die Gewerkschaften keinesfalls für ein fortgesetztes Regieren begreifen werden, sondern nach wie vor praktische Gegenwartsarbeit zu leisten gedenken. Die Durchführung dieses Entschlusses wird zwar größerer Kraftbedarf als eine Politik des bloßen Anregens und Kritizierens, aber die Arbeiterklasse führt gut dabei. Und das ist für jeden, der den Wert einer Politik nach dem Erfolge beurteilt, schließlich die Hauptsache. Mit immer größerem Erfolge haben sich die Gewerkschaften dagegen gefraßt, auf Gnade und Ungnade dem Unternehmertum ausgeliefert zu sein. In ähmem Dingen haben sie sich vielmehr selbst das Maß erkämpft, mit welchem sie gemessen zu werden wünschen. Außerdem haben die Gewerkschaften durch ihre Unterstüßungsrichtungen die Aufrechterhaltung der verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen ermöglicht und darüber hinaus das Los noleidender Mitglieder wesentlich erleichtert. Namentlich während der 18 Monate langen Kriegszeit haben die Gewerkschaften mit ihren nach vielen Millionen zählenden Unterstüßungsummen bewiesen, welche hohe volkswirtschaftliche Bedeutung ihnen zukommt, und welche Kräfte sie zu entsalten vermögen für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens der Nation. Alles das hat dazu beigetragen, den Wert und die Bedeutung der Gewerkschaften im weiten Bevölkerungskreis und bei der Staatsregierung offenbar werden zu lassen, wo sie bisher nur als „national unzuverlässig“, als Streikvereinigungen betrachtet wurden, die den Kampf um des Kampfes willen führten. Von dem durch den Krieg eingetretenen Umstüßung in der Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung konnte im Laufe der Zeit schon mancher Beweis erbracht werden.

Bereits bei Kriegsbeginn wies Professor Dr. Wenge in Münster seine akademischen Hörer auf die unbedingte Notwendigkeit einer dauernden nationalen Zusammenarbeit mit den selbständigen deutschen Arbeitern hin, die in ihren Gewerkschaften so viel an eigener Kraft schufen. Kürzlich ist dem genannten Gelehrten ein andrer mit einer ebenso bemerkenswerten Kundgebung an die Seite getreten. In einem Vortrag über das Thema: „Der Geist von 1914 und seine Wurzeln“, den Professor Dr. Göb, der Nachfolger Karl Lamprechts an der Universität Leipzig, auf Veranlassung des Allgemeinen studentischen Ausschusses hielt, wies er u. a. darauf hin, daß nicht gewisse nationale Vereine mit schönen Reden über Deutschland und deutsches Wesen, an dem noch einmal die Welt genesen würde, diesen Geist geschaffen hätten. In stiller, hingebender Arbeit sei vielmehr der deutsche Geist entstanden. Vieles habe die Schule getan, aber das meiste sei mehr oder weniger durch die ungeheuren Leistungen unserer ganzen Volkswirtschaft geschehen. „Durch sie ist ein Selbstbewußtsein des deutschen Volkes auf Grund geleisteter Arbeit entstanden. Mitgeboten hat dabei nicht zum wenigsten die vor 1914 so vielfach verkannte deutsche Arbeiterchaft. Sie hat mit ihren Kräften, die besten Seiten des Militarismus benutzenden Sonderorganisationen doch für das Ganze gearbeitet durch die Gefaltung der fittlichen Gewinnung des deutschen Arbeiters. Unterstützt wurde sie dabei durch die Leistungen des Staates in der sozialen Gesetzgebung. Diese wurde möglich durch die Aufnahme des

sozialen Gedankens seitens der Gebildeten, wodurch andererseits eine Umgestaltung der Gestaltung der Gebildeten eintrat. So anerkanntswürdig derartige Auerungen freimütiger Männer in einflussreichen Stellungen an und für sich auch sein mögen, die organisierte Arbeiterchaft wird darin nicht mehr als einen Ansporn erblicken dürfen, den bisher beschrittenen Weg konsequent weiter zu verfolgen. Unter keinen Umständen darf sie sich durch den müßigen Streit um die „Politik des 4. August“ selbst um den Erfolg ihrer Organisationsarbeit und ihres Kampfes bringen. Eine solche gewerkschaftliche Selbstmordpolitik muß schon deshalb ausgeschlossen sein, weil es eine unabwiesbare Aufgabe der Organisationen ist, der Arbeiterchaft in Zukunft ein größeres Kulturfeld zu erschließen, ihr das Leben lebenswerter zu gestalten. Das kann nur geschehen durch unermüdliches Weiterarbeiten in unbedingter Geselligkeit. Gerade jetzt, wo verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß eine Neuorientierung auf wichtigen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens einsetzt, müßte sich eine Zerfahrenheit in der Arbeiterbewegung aus schwerer rächen. Eine gleich günstige Zeit, der Arbeiterfrage zu staatsrechtlicher Bedeutung und damit zu größerem Einflusse zu verhelfen, wird sich so bald nicht wieder bieten. Durch eine Zerspaltung in unsern Reihen würde aber nicht nur der Anschluß verpaßt, sondern es würde dadurch auch den Gegnern der Arbeiterbewegung kräftig in die Hände gearbeitet werden. Wer darüber noch im unklaren sein sollte, der braucht nur gelegentlich einen Blick in die Presse der industriellen Scharmacher zu werfen. Dann wird er erkennen, welche ein Mienen- und Sappenkrieg dort gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt geführt wird. In ihrem Artikel „Sur Jahreswende“ (Jahrb. 3. B. die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Zentralblatt deutscher Arbeitgeberverbände, u. a. folgendes:

Der Staatssozialismus hat während des Kriegs große triumphale geleistet; nach dem Kriege wird es darauf ankommen, das wirtschaftliche Leben wiederum den normalen Verhältnissen anzupassen und sich nicht etwa durch besondere opportunistische Erwägungen zu allerhand Neueinrichtungen, Monopolen und dergleichen verleiten zu lassen. Von einer Reform der Tarifverträge, der Arbeitsnachweise, der Arbeitervertretungen, des ganzen Arbeiterrechtes wird in gewissen Kreisen schon heute mit Vorliebe gesprochen. Gern umkleidet man diese Wünsche mit der Begründung, daß die Leistungen des deutschen Volkes während des Kriegs mit einer vollkommenen Umgestaltung der sozialen Ordnung belohnt werden müßten. Aber nicht allein die Arbeiterchaft, auch die übrigen Stände haben ihre selbstverständliche Pflicht getan, weniger als jemals darf also die Bevorzugung einer bestimmten Volkschicht in Frage kommen, und am wenigsten dann, wenn diese Bevorzugung sich gerade für diejenigen, die man bevorzugen will, als ein Dancsgeld erwiesen würde. Die Abschaffung der Selbstbestimmung und der Freiheit ist das Gegenteil von dem, was man vielleicht aus lauter beständiger Rücksicht bewirken wollte. Groß wird die Neigung sein, allerhand demokratischen Regungen die Sängel schmecken zu lassen; fester Hand wird es bedürfen, um das Tempo der Entwicklung nicht ausarten zu lassen.

Wer wollte wohl ernsthaft bestreiten, daß gerade von den einflussreichen Kreisen, deren Interessen die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ vertritt, der innerpolitischen Neuorientierung der bestigste Widerstand entgegengeleitet wird? Jene Herren halten eben mißamt ihren politischen Gesinnungsgenossen die alten Wirtschafts- und Rechtsformen für die besten und glauben außerdem, ihr eigenes Wohlfinden sei gleichbedeutend mit dem gesamten Staatswohle. Den künftigen Arbeiter werden jenen rücksichtlichen Kreisen die Erreichung ihrer Ziele nicht erleichtern durch Zerspaltung der Arbeit in den eigenen Reihen oder durch heimtückliche Vorgesagtheit. Sie werden im Gegenteil alles tun, was geeignet erscheint, der Arbeiterchaft die staatsbürgerliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu sichern.

Die Januaragung des preussischen Landtages bot infolern allgemeines Interesse, als in der Thronrede hingewiesen wurde auf den Geist des gegenseitigen Vertrauens und Respekts im Volke, der auch im Frieden fortwirken, die öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden werde. In unserer Verfassung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den entscheidenden Körperschaften. Obwohl das damit abgegebene Versprechen weniger bestimmt lautete als eine ähnliche Ankündigung der Regierung im Jahre 1908, so wäre es doch vorerlaubt, daraus zu schließen, daß aus der Sache wiederum nichts werden würde. Außerdem darf auch nicht übersehen werden, daß diesmal im weiteren Verlaufe der Tagung der verantwortliche Minister eine Änderung des Wahlrechtes direkt in Aussicht stellte. Das heute gültige Wahlrecht zum preussischen Landtage, das Bismarck einmal „das edelste aller Wahlrechte“ nannte, teilt die Wähler in drei Klassen, die nach der Steuerleistung abgetrennt werden. Es gibt aber nicht etwa jeder Klasse eine gesonderte Vertretung, sondern die Wahl der Abgeordneten vollzieht sich nach einem Verfahren, das zu einer fast völligen Ausschaltung der dritten Klasse und damit der übergroßen Mehrheit aller Wähler führt. Zwar sind die Grundlinien der in Aussicht gestellten Reform noch nicht bekannt, aber das heftige Sturmlaufen konservativer und zünftlerisch gerichteter Kreise läßt doch erkennen, wohin die Fahrt geht, und daß die Regierung gezwungen sein wird, die Einführung ihres Versprechens unter härtestem Widerstand von der rechten Seite durchzusetzen. Da wird eben die Linke, und namentlich die politische Vertretung der Arbeiterchaft, zeigen müssen, daß auf sie Verlaß ist, wenn es gilt, dem Fortschritte zum Siege zu verhelfen. Offen gestanden, hatten wir Überraschungen in dieser Beziehung nicht für ausgeschlossen nach dem, was man in letzter Zeit erleben mußte. Aber die bereits ausgesprochene Ansicht, die Vertreter der Arbeiter würden es sich überlegen müssen, weil sie nicht regelrecht erkämpft worden sei, wäre doch wohl der Gipfel des Alles-oder-nichts-Standpunktes!

Ein ungleich höheres Interesse als die letzte Tagung des preussischen Reichstagesboten die Verhandlungen des deutschen Reichstages vom 11. bis 18. Januar d. J. Der Ausprache über Ernährungsfragen, die bereits in Nr. 9 des „Korr.“ unter „Volkswirtschaft“ eingehend wiedergegeben wurde, folgte eine solche über sozialpolitische Fragen. Bei dieser Gelegenheit forderte Reichstagsabgeordneter Molkenbühr eine planmäßige Fortführung und einen zeitgemäßen Ausbau unrer sozialpolitischen Einrichtungen, und für die Arbeiterorganisationen insbesondere mehr Bewegungsfreiheit während der Kriegszeit und weitergehende Rechte nach dem Kriege. Reichstagsabgeordneter Brandes rügte das unsoziale und unbürgerliche Verhalten vieler Unternehmer und nahm dabei Bezug auf einen Artikel in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, worin erklärt wurde, die Arbeitgeberchaft müßte es ablehnen, in Arbeitsnachweisfragen mit Gewerkschaftsvertretern je gemeinschaftlich zu tagen. Diese seien, ganz im Gegensatz zu den Arbeitern, die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie ließen meist nur von der Agitation und von dem Geize, das sie den Arbeitern aus den Taschen gößen. Diese ebenso dummdreiste wie unverschämte Anpöbelung der Gewerkschaften führte zu folgender energischer Abhüttelung des lasthaft bekannten Scharmacherorgans durch den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, den Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller: „Wenn der Herr Kollege Brandes bedauert hat, daß in dieser Zeit des Kriegs und des Bürgerkriegs die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ davon gesprochen hat, daß man den Industriellen nicht zumuten könne, mit Gewerkschaftsbeamten zu verhandeln, die weiter nichts seien als besoldete Agenten der Sozialdemokratie, so schreibe ich mich seinem Bedauern an. Ich möchte aber hierbei auch bemerken, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nicht berechtigt ist, hierbei im Namen der gesamten deutschen Arbeitgeberchaft und der gesamten deutschen Industrie in dieser Sonart zu sprechen. Schon im Frieden sind die Ansichten der Industrie darüber durchaus geteilt gewesen, ob man mit den Gewerkschaften, von Organisation zu Organisation, verhandeln oder ob man auf dem Standpunkte verharren solle: „Ich verhandle nur mit meinen Arbeitern.“ Es würde zu weit führen, hier etwa diese ganze Frage zu behandeln; ich will nur daran erinnern, daß schon im Frieden weite Kreise der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften verhandelt haben, daß z. B. der Deutsche Industrieverband in Hunderten von Fällen, in denen es sich um Arbeitsnachweise und dergleichen handelte, mit den Gewerkschaften unterhandelt hat und ich glaube, in 60 Proz. aller Fälle zu einer Verständigung gelangt ist. Anlässlich dieser Lausache war die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ um so weniger berechtigt, in dieser Zeit, wo, wie der Herr Kollege Brandes mit vollem Rechte gesagt hat, die Soldaten draußen im Feld unter Vaterland verteidigen, in dieser Weise eine Brandfackel hineinzuwerfen und den sozialen Bürgerkrieg zu durchbrechen, der ebenso wichtig ist wie der Bürgerkrieg der politischen Parteien.“ Dieses Urteil aus bescheidenem Munde wird seinen Eindruck in denjenigen Arbeitgeberkreisen hoffentlich nicht verfehlen, die die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zum Sprachrohr ihrer bürgerlichen Stimmungen zu benutzen pflegen. Im übrigen ging mit der Aufrollung der Sache auch der Wunsch des Abgeordneten Brandes in Erfüllung, die bescheidene bürgerliche Auffassung des führenden Unternehmerorgans den Reichstagsprotokollen einverleibt zu haben.

Das wichtigste Ereignis der Januaragung des Reichstages war, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, jedenfalls die Erklärung des Ministerabdirektors Vernald über die beabsichtigte Änderung des Reichsverwahrgesetzes. Der Regierungsvertreter erkannte zunächst an, daß die Gewerkschaften von Gerichten und Verwaltungsbehörden vielfach zu Unrecht als politische Vereine angesehen worden seien und gab dann namens der verbündeten Regierungen folgende Erklärung ab:

In seiner vorigen Tagung hat der Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Änderung des Reichsverwahrgesetzes vom 19. April 1908 angenommen. Wegen ihre Gespögenheit hat die Reichsleitung zu den Verhandlungen über die diesem Gesetzentwurfe zugrunde liegenden Initiativanträge Vertreter entsandt und schon damit zu erkennen gegeben, daß ihr daran gelegen ist, auf diesem Gebiete möglichst zu einer Verständigung mit dem Reichstage zu gelangen. In einer hierbei namens der Reichsleitung abgegebenen Erklärung ist anerkannt worden, daß die Auslegung der Bestimmung über die politischen Vereine durch die Gerichte und die Verwaltungsbehörden den Gewerkschaften nicht immer das Maß von Freiheit gelassen hat, dessen sie zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen bedürfen. Eine wirksame Abhilfe hiergegen kann nur im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden. Es muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften und die entsprechenden Vereine der Arbeitgeber nicht als politische Vereine behandelt werden dürfen, wenn sie sich mit solchen sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten befassen, die mit ihrem eigentlichen Aufgabenkreise, der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der Wahrung und der Förderung wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder, im Zusammenhange stehen.

Die verbündeten Regierungen haben sich mit diesem Standpunkte der Reichsleitung einverstanden erklärt. Ich bin daher ermächtigt zu erklären, daß dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald gemacht werden wird.

Die in bestimmter und bindender Form angekündigte Änderung des Reichsverwahrgesetzes wird dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt im März d. J. zur Beratung vorgelegt und sicherlich auch bald verabschiedet werden. Wie verlaufen, sollen die Vereinigungen der Arbeiter und der Arbeitgeber völlig paritätisch in der Vorlage behandelt werden. Leider werden nicht alle einschränkenden Bestimmungen auf den ersten Blick fallen, die Regierung soll vielmehr die sonderbare Bedingung an die Vorlage geknüpft haben, daß „weitergehende Beschlüsse“ nicht gefaßt werden dürfen. Nun, warten wir die Dinge in Ruhe ab, die Vertreter der Arbeiterchaft werden es sich trotzdem nicht nehmen lassen, notwendige Verbesserungsvorschläge zu machen. Die Hauptsache ist und bleibt es, daß die Regierung einsehen mußte, daß es logisch und sittlich ein Übel ist, die staatsbürgerlichen Leistungen der Gewerkschaften anzunehmen und diese andererseits in rechtlicher Beziehung fortgesetzt vor den Kopf zu stoßen. Ähnlich liegt es bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr. Auch hierbei stellte Staatssekretär Dr. Delbrück, dem Willen des Reichstages statgebend, eine Nachprüfung des abledenden Standpunktes der Regierung in Aussicht, von der ein günstigeres Resultat erwartet werden kann. Überhaupt fanden zahlreiche andre sozialpolitische Fragen, entsprechend ihrer Bedeutung als Bestandteile des großen Zukunftsproblems der Menschenökonomie, eine verständnisvollere Aufnahme bei der letztmaligen Besprechung im Reichstag, als es leider sonst der Fall zu sein pflegte.

Schließlich sei an dieser Stelle noch einer am 9. Januar abgehaltenen wichtigen Konferenz gedacht, die einen erfreulichen Ausblick eröffnet auf praktische internationale Zusammenarbeit der deutschen, österreichischen und ungarischen Gewerkschaften, die wir bereits Anfang des Jahres als im Interesse der Arbeiterchaft notwendig bezeichneten. Es handelte sich bei dieser von der politischen Vertretung der österreichischen Arbeiter angeregten Konferenz um die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreichs-Ungarns. Außer den beiderseitigen Parteiorganisationen hatten dazu die Zentralverbände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter entsandt. Außerdem waren die Generalkommission der Gewerkschaften und eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine anwesend. Dr. Renner hielt das einleitende Referat, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zur Zeit in Deutschland und in Österreich in der Presse und in Interessentenkreisen vielfach erörtert wird, zunächst theoretisch behandelte, und dann, darauf ab, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Bürgerlichen beider Reiche zwecks einer wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es müßte dafür gefordert werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich berechtigten Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise vollzogen werden, die für das Proletariat eine Er schwerung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt. Als zweites Referat behandelte Cunow das besondere Interesse, das die deutsche Arbeiterchaft an diesen Fragen hat. Seiden Referaten folgte eine interessante Aussprache. Die Verhandlungen selbst sollen die Einleitung bilden für eine Erörterung vom Standpunkte der Arbeiter der beteiligten Länder über die zukünftige Entwicklung auf wirtschaftspolitischem Gebiete. Ein neues Werden überall! Mehr als je wird es Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung sein, nicht grauen und widerspruchsvollen Theorien nachzujagen, sondern in der Praxis des sich fortwährend ändernden Wirtschaftslebens tätig zu sein und für eine menschenwürdige Zukunft zu wirken, die in der Arbeit der Gegenwart begründet liegt.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Kriegswirtschaftliches.

Die immer kräftigere Organisation unseres Wirtschaftslebens, wie sie insbesondere durch die Errichtung der Zentralstelle für Lebensmittelversorgung, Reichs-, Landes- und Kommunal-Preisprüfstellen seitens des Reichs in die Entscheidung tritt, läßt die genossenschaftlichen Konsumantenorganisationen scheinbar ganz zurücktreten und ohne Einfluß auf das krisenwirtschaftliche Leben des Volkes. Auch die letzten Ernährungsdebatten im Hauskalkulationsschuss des Reichstages und in diesem selbst erwecken den Eindruck, als ob die Konsumgenossenschaften in der gegenwärtigen Zeit nichts zu einer Verbesserung der Verhältnisse, nichts zum Zwecke des wirtschaftlichen Durchhaltens in die Waagschale zu werfen hätten.

Sehen wir zu, wie es sich damit in Wirklichkeit verhält. Die Konsumvereine sind infolge der krisenwirtschaftlichen Gesetzgebung alles in allem genommen genau so zum Objekt geworden wie der Handel überhaupt und auch gewisse Teile der Produktion. Man mag das bedauern. Aber darin eine Schwäche in der Kraft und vor allem im Wesen der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation zu sehen, würde nur in einer oberflächlichen Betrachtungsweise begründet sein. Wo nahezu das ganze Wirtschaftsleben nach einem einheitlichen Schema organisiert ist, kann für eine ganz anders geartete Selbstorganisation des Wirtschaftslebens kaum mehr ein freies Betätigungsfeld übrigbleiben. Der Staatssozialismus steift in

schönster Blüte. Mit rauher Hand wird zugegriffen, um das Erbsenzrecht der Allgemeinheit vor dem Profitrechte des einzelnen zu sichern.

Da ist kein Platz für das freiwillige genossenschaftliche Organisationsleben, das eben seiner Freiwilligkeit wegen nicht einfach schablonenhaft auf die staatliche Wirtschaftsorganisation übertragen werden kann. Man nutzt höchstens die praktischen Erfahrungen für das staatlich organisierte Wirtschaftsleben aus, aber die großen Richtlinien der gesetzlichen Zwangsorganisation bleiben unberührt von Geist und Wesen der Genossenschaften. Denn es ist — Krieg. Die großen Fragen der Gleich-, Fest- und Brotversorgung können natürlich auch nur Gegenstand einer einflussreichen, umfassenden Gesetzgebung sein, bei der die wirtschaftlichen Grundzüge und die Richtlinien der genossenschaftlichen Organisation unberücksichtigt bleiben müssen. Daher die Resignation, die nicht Schwäche, sondern eben Einordnung ins Ganze bedeutet.

Allerdings nicht in dem Sinne, daß man seitens der genossenschaftlichen Organisationszentralen im Reich und in den einzelnen Bundesstaaten den „Karren einfach laufen“ ließe. Denn wer näher zulehrt, wird die Vertreter der Konsumgenossenschaften nicht nur in den Preisprüfungsstellen und kriegswirtschaftlichen Kommissionen der Gemeindeverwaltungen bei der Arbeit finden, sondern auch die häufigen Veruche der Fühlungnahme mit den Zentralbehörden des Reichs und der Bundesstaaten, um den Einfluß der genossenschaftlichen Konsumgenossenschaften geltend zu machen im Interesse der Gesamtheit der Bevölkerung. Es fehlt dabei auch nicht an der Anerkennung für die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften seitens der Reichsbehörden, in deren Händen die Fäden des ungeheuren Organisationsapparates des gegenwärtigen Wirtschaftslebens zusammenlaufen.

In dieser Hinsicht braucht nur darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß eine vom Zentralverband deutscher Konsumvereine im Oktober vorigen Jahres einberufene Konferenz von praktischen Sachverständigen des Konsumvereinswesens zum Zwecke des Erfahrungsaustausches über die Wirkungen der Bundesratsverordnungen in der Ernährungsfrage die oberste Reichsbehörde und die von ihr eingerichteten staatlichen Verkaufsorganisationen sehr stark vertreten haben. Den zweitägigen Verhandlungen der Sachleute genossenschaftlicher Wirtschaftsorganisationen wurde ungeschminkt Lob seitens des ersten Leiters der staatlichen Wirtschaftsorganisation zuteil; ein Lob, das in der „Sozialen Praxis“ mit guten Gründen belegt wurde.

Aber all dies schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Konsumgenossenschaften gegenwärtig eben doch auch nur Objekt der kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung sind. Und zwar so sehr Objekt, daß sie fast gänzlich sich ihrer Haut zu wehren gegen allzu bürokratische Maximen der staatlichen Zwangswirtschaft. So z. B. in der Frage der Höchstpreisverordnungen. Es ist ganz selbstverständlich, daß mit denselben eingegriffen werden mußte, soweit sie zusammen mit der Beschlagsnahme und Verbrauchsregelung dem Wucher und der Samsterei ein Ende zu machen hatten. Hierbei war aber sehr viel von der Arbeit am „grünen Tische“ zu merken. Denn die Höchstpreise für den Groß- und Kleinhandel sind in wichtigen Verbrauchsartikeln so angelegt, daß der Handel, auch die genossenschaftliche Warenversorgung, noch nicht einmal auf die Handlungskosten kommen. Die Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelshöchstpreis wurde so gering gehalten, daß sie mit 7-8% Proz. Differenz stark hinter dem durchschnittlichen Geschäftsumsatz der Konsumvereine mit 10-12 Proz. und noch viel weiter hinter dem des Privathandels zurückblieb. Das bedeutet natürlich direkten Verlust. Einen Verlust, der auch mit der Rücksicht auf das Verbraucherinteresse nicht gerechtfertigt werden kann. Denn wenn einerseits der Grundsatz allgemeine Anerkennung findet, daß bei der Preisbildung einer Ware die Produktionskosten in vollem Umfang eingelegt werden dürfen, so muß das gleiche für die notwendigen Handlungskosten gelten. Dabei ist von Verdienst noch keine Rede.

Die Konsumvereine können nun kraft ihres Wesens, das keinen Verdienst kennt — soweit die Dividende als ein solcher nicht angesehen werden will —, die Verdienstlosigkeit gegebenenfalls ertragen, ja sogar bis zu einem gewissen Grad aus ihren Reserven, auch den Verlust, der aus dem unvollständigen Erlöse der tatsächlichen Handlungskosten sich ergibt. Der Privathandel kann das nicht! Er muß nicht nur seine Handlungskosten geltend machen, sondern er muß auch verdienen, weil er vom Verdienste lebt.

Das hat nun dazu geführt, daß der Verband der Rabattsparevereine Deutschlands an das Reichsamt des Innern und an den Reichstag selbst eine Eingabe gerichtet hat, in der um die nötige Rücksichtnahme auf die Lage des privaten Kleinhandels gebeten wurde. In der sehr eingehenden sachlichen Begründung wurde beim Weiterbefinden der gegenwärtigen Höchstpreisverhältnisse der „unreitbare Niedergang“ des privaten Kleinhandels ziemlich einleuchtend nachgewiesen, so daß nach neueren Mitteilungen der kaufmännischen Mittelstandspreise das Reichsamt des Innern sein Entgegenkommen in Aussicht gestellt hat und den Preisprüfungsstellen im ganzen Reiche bereits entsprechende Hinweise hat zugehen lassen.

Wenngleich nun das Vorgehen des Verbandes der Rabattsparevereine Deutschlands vom Standpunkte des privaten Geschäftsmannes aus wohl verstanden werden kann, ist doch hervorzuheben, daß die Konsumvereine trotz ebenfalls schwerer Beeinträchtigung ihrer geschäftlichen Interessen von einem ähnlichen Vorgehen Abstand genommen haben. Die stillschweigende Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit der Verbraucher, welche zusammen mit den sozialwirtschaftlichen Grundrissen der Konsumgenossen-

schaftlichen Geschäftsführung, wurde bis jetzt mit allen Mitteln, die zu Gebote standen, durchgehalten. Wenn die Konsumvereine das taten und es tun konnten, so bedeutet die Tatsache keinen Vorwurf gegen den privaten Handel, der nicht in der gleichen Lage war, sondern eben einen neuen Beweis für die wirtschaftliche Überlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Organisation über den Privathandel.

Verdienst braucht der Konsumverein an sich nicht zu machen, denn die Dividende kann in Kriegszeit schließlich wohl auch einmal geringer werden oder ganz in Wegfall kommen. Und der Verlust bei den Handlungskosten, welcher durch die zu geringe Spannung zwischen gesetzlich vorgeschriebenem Großhandels- und Kleinhandelspreis naturgemäß entstehen muß, kann bis zu einem gewissen Grade während der weiteren Kriegsdauer durch die im Frieden angesammelten Reserven gedeckt werden. Beides ist dem Privathandel im allgemeinen nicht möglich. Und daraus ergibt sich sinnesmäßig die aus dem Wesen und der finanziellen Struktur der Konsumgenossenschaften strömende ökonomische Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsform.

Die Tatsachen erweisen also, daß die Konsumvereine zwar ohne Rummor in den parlamentarischen Körperlichkeiten, aber in emsiger praktischer Tätigkeit und in Festhaltung an ihrem sozialwirtschaftlichen Wesen und sicherer finanzieller Fundierung nicht nur dem Interesse ihrer Mitglieder, sondern weit darüber hinaus dem vaterländischen Allgemeininteresse der Bevölkerung mit größtem Nutzen dienen. Die Ergebnisse und Erfahrungen der kriegswirtschaftlichen Staatsorganisation werden den Konsumgenossenschaftlichen Organisationen nicht während des Kriegs, sicher aber nach ihm zu einer Bedeutung verhelfen, die man zwar heute noch nicht abschätzen kann, die aber zweifelsohne in einer ungemein starken Ausdehnung sich äußern wird. []

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Sirchberg. Die am 23. Januar abgehaltene Generalversammlung war verhältnismäßig gut besucht; leider hielten es immer noch einige Kollegen für nicht der Mühe wert, wenigstens diese Versammlung zu besuchen. Vorsitzender Schipke teilte u. a. mit, daß 95 Mitglieder zum Heeresdienst einberufen sind, darunter 42 verheiratete; gefallen sind 12 Kollegen. An Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis jetzt aus der freiwilligen Sammlung 1566 Mk. ausgezahlt. Der Vorstand wurde durch Zuruf wiedergewählt. Im Laufe dieses Jahres können wir das 50jährige Bestehen unseres Ortsvereins begehen; es soll aber von einer besonderen Feier abgesehen werden; nur zur Erinnerung daran findet eine allgemeine Zusammenkunft am 26. Februar im Vereinslokal „Goldenes Schwert“ statt. Auch bei dieser Gelegenheit wird der im Felde stehenden Mitglieder gedacht werden durch Absendung von Liebesgaben.

Ofterwied. Am 15. Januar tagte die Generalversammlung unseres Ortsvereins. Einleitend bedauerte der Vorsitzende Zappe den schwachen Besuch. Als vor 18 Jahren der Ortsverein gegründet wurde, habe man mehr Interesse für den Besuch der Versammlungen gezeigt als in dieser ersten Zeit. Die Kollegen möchten sich endlich einmal aufraffen und für die Zukunft zahlreich an den Versammlungen teilnehmen. Hierauf gab Kollege Zappe, der gleichzeitig auch Geschäfte des Kassierers mit verließ, den Kassenbericht. Seit Ausbruch des Kriegs ist das Vermögen sehr zurückgegangen. Den im Felde stehenden Kollegen wurde der „Korr.“ auf Kosten des Ortsvereins bis zum Schluß des Jahres zugestellt. Die Unterfertigung an die Familien der Kriegsteilnehmer beläuft sich seit Ausbruch des Kriegs auf 165 Mk. Nach dem Kassenberichte wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht erstattet. Seit 2. August 1914 bis zum 31. Dezember 1915 sind 44 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, davon sind 31 verheiratet. Anerkennung sei erwünscht, daß die Firma H. W. Zichfeldt den Familien, deren Ernährer zum Heeresdienst eingezogen sind, eine wesentliche Unterstützung gewährt. Die Wahl des Vorstandes erledigte sich dadurch, daß der alte Vorstand wiedergewählt wurde.

Rothenburg o. L. Zu unserer am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung waren die Kollegen vollständig erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden. Nach Bekanntgabe des Jahresberichtes erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Von einer Neuwahl der Verwaltung wurde in diesem Jahr auf Vorschlag des Vorsitzenden Abstand genommen. Zehn Mitglieder sind bis jetzt zum Meer eingezogen. Die freiwillige Sammlung für die Angehörigen der eingezogenen Kollegen ergab seit Beginn des Kriegs bis zum Schluß dieses Jahres 1400 Mk.

Worms. Die am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des am 13. Januar in einem Kriegslager im Osten an Lungenerkrankung verstorbenen Kollegen Bachmann in der üblichen Weise. Vom Vorsitzenden Friedrich wurde der Jahresbericht erstattet. Die fortwährenden Einberufungen haben unsre Reihen stark gelichtet, sind doch über die Hälfte unserer Mitglieder zu den Fäden einberufen, von denen bis jetzt leider sechs Kollegen dem Weltkrieg zum Opfer gefallen sind. Dem Berichte des Kassierers war zu entnehmen, daß bis jetzt an die Frauen unserer selbigen Kollegen an Unterfertigung 1284 Mk. ausgezahlt wurden. An Liebesgaben für die Feldgrauen wurden bis jetzt 176 Mk. ausgegeben. Von 27 Kollegen lagen Dankschreiben vor für erhaltene Liebes-

gaben. Um den Familien verheirateter Kollegen die monatliche Unterstützung weiter gewähren zu können, wurde der wöchentliche Beitrag mit der bisherigen Ertragssteuer beibehalten; ferner wurde bestimmt, der Witwe von gefallenen Kollegen 20 Mk. aus der Bezirkskasse zu bewilligen. Da bis jetzt seitens eines Teiles der Prinzipale den früheren Zeiten Rechnung zu fragen unterlassen ward, wurde beschlossen, an die Prinzipale heranzutreten mit dem Ersuchen um Gewährung von Zeuerungszulagen an die Gehilfen. Der seit Kriegsausbruch schon öfters ergänzte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Bezirk Soffen. Am 15. Januar hielt der hiesige Bezirksverein seine Generalversammlung ab. Leider ließ der Besuch dieser Versammlung gegenüber den vorigen zu wünschen übrig. Vorsitzender Wiedemann gab einen interessanten und reichhaltigen Jahresbericht. Auch in diesem Jahre haben wir wieder den Tod zweier braver Kollegen zu beklagen; so hat das schwere Völkerringen bisher fünf Kollegen vom Bezirke gefordert. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember noch 20. Bis dahin waren zum Militär eingezogen 59, davon verheiratet 35. Seit Beginn des Kriegs wurden aus der Bezirkskasse an die Frauen der Kriegsteilnehmer 1180 Mk. ausgezahlt. Die Gewährung der Unterstützung war nur durch den hohen Ertragsbeitrag möglich. Um aber unsere Kassenverhältnisse wieder besser zu gestalten, beschloß die Versammlung, den Ertragsbeitrag von 80 Pf. noch weiter beizubehalten. So wurden durch die Opferwilligkeit von durchschnittlich 22 arbeitenden Kollegen bis zum 31. Dezember 1250 Mk. durch Ertragsbeiträge aufgebracht. Auch aus der Gaukasse kamen für unsern Bezirk 870 Mk. zur Verteilung an die Kriegsfrauen. Die an die Kollegen gesandte Weihnachtsgabe mit einem kleinen gedruckten Berichte wurde überall freudig aufgenommen, was die eingelaufenen Feldpostbriefe und -karten bezeugen. Die Vorstandswahlen fanden schnelle Erledigung, indem der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Hierauf erfolgte die Erledigung örtlicher Angelegenheiten.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisenkreuz: Otto Müller (Blankenburg), A. Bohnhorst (Braunschweig), Johann Kraus (Bühl [Baden]), Karl Kempel (Chemnitz), Philipp Blasius, Ludwig Müller, Otto Pannette und Ferdinand Schumann (Frankfurt a. M.), Hermann Sturm (Sierlohn), Artur Schöbler (Köln), Hugo Ulich (Leipzig), Paul Müller (Liebenwerda), Heinrich Küpper (Widenheid), Ernst Bösch (Greifswald), Fritz Müller (Wiesbaden). Damit haben bis jetzt 1243 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten. — Als weitere Kriegsleistung sind die „Belgrader Nachrichten“ zu registrieren, die seit Anfang Dezember in T. im Auftrag der Österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung in der Hauptstadt des eroberten Serbiens dreimal wöchentlich erscheinen. Sie erscheint in deutscher Sprache mit je 4 bis 8 Seiten im Formate von 29 x 42 cm.

Kriegs- und Zeuerungszulagen. In Bochum hat die Buchdruckerei des „Volksblattes“ den Verheirateten eine einmalige Zeuerungszulage von 50 Mk. und den Ledigen eine solche von 10 Mk. gewährt. — In Emmerich bewilligte die Buchdruckerei „Bürgerblatt“ (H. Schmitz) den Gehilfen eine Zeuerungszulage von 1,50 Mk. wöchentlich. — In Somburg (Pala) bewilligte der Verleger der „Somburg-Beobachter Zeitung“, Joh. Biltz, dem Personal ab 1. Februar eine wöchentliche Zeuerungszulage von 2 Mk. — In Sierlohn gewährte die Buchdruckerei Rudolf Wichelhonen eine Kriegs- und Zeuerungszulage von 10 Proz.

Gehilfenprüfungen in Berlin. (Anmeldung.) Der Prüfungsausschuss der Sanftwerkskammer zu Berlin für Buchdrucker, Stereotypen, Galvanoapparatiker und Stempelleger gibt bekannt, daß die Gehilfenprüfungen der im April auslaufenden Lehrlinge: Setzer, Drucker, Stereotypen, Galvanoapparatiker und Stempelleger aus den Stadtkreisen Berlin, Charlottenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg, Neukölln sowie den Randkreisen Seltow und Niederbarnim auch in diesem Jahre wie üblich vorgenommen werden. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Buchdruckereibesitzer Alfred Forsberg, i. Ga. L. Düringshofen, Berlin NO 18, Lichtenberger Straße 17, entgegen. Bei der Anmeldung sind einzuführen: ein selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformatbogen, eine Bescheinigung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währte, das Abgangszeugnis der Fach- oder einer Fortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 6 Mk. (bei Abfertigung durch die Post porto- und bestellgebührenfrei).

Schiffenauslösung. In Detmold wurde Kollege Heinrich Pieper für das laufende Jahr als Schöffe aus- gelost.

„Wirtschaftszeitung der Zentralmächte.“ Unter vorstehendem Titel wird nach Mitteilungen der Fachpresse mit Jahresbeginn in Wien ein wöchentlich einmal erscheinendes Blatt herausgegeben, in dem die Anschauungen aller Interessentenkreise zum Worte gelangen, um auf diesem Weg eine Klärung der Meinungen herbeizuführen und die Grundlagen für positive Arbeit zu schaffen. Die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ hat es sich zu ihrer Aufgabe gemacht, auf eine steigende wirtschaftliche Zusammenarbeit der verbundenen Großstaaten mit den Völkern und Staaten hinzuwirken, die mit ihnen zu dauernder Gemeinschaft verknüpft sind, namentlich mit der Türkei und Bulg. (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 15 — Leipzig, den 5. Februar 1916

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

garien. Es soll von den mannigfaltigsten Gesichtspunkten aus gekennzeichnet werden, in welcher wirtschaftlichen Lage sich die verbündeten Reiche befinden, in welcher Situation ihre einzelnen Wirtschaftszweige, wie sich ihre Wirtschaftspolitik gestaltet und gestalten muß, wie ihre wirtschaftliche Annäherung zu fördern ist, wie Semmisse dieser Annäherung aus dem Wege zu räumen sind. Das Blatt will eine fortlaufende Übersicht über alle Teile des wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Lebens in den verbündeten Reichen geben. Zur Erreichung dieses Zieles wurden besondere Redaktionen in Berlin, Wien, Budapest, Sofia und Konstantinopel errichtet; außerdem wurde die Mitarbeit der hervorragendsten Männer gesichert.

Neue Fortschritte der „Volksfürsorge“. Mit Beginn des neuen Jahres hat die „Volksfürsorge“ einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Während im abgelaufenen Jahre 1915 der Zugang von neuen Versicherungsanträgen im Monat durchschnittlich genau 880,75 Anträge betrug, wurden im Januar 1916 wieder 1204 neue Anträge eingebracht. Davon waren 1029 Anträge für Kapitalversicherungen mit 239 453 Mk. Versicherungssumme und 175 Anträge auf Spar- und Risikoversicherungen. Bei der uneingeschränkten Fortdauer des Kriegs ist dieses Resultat ein Zeichen, daß auch in Arbeiterkreisen der Wert der Versicherung erkannt wird, wie es auch zeigt, daß die durch die Schwierigkeiten des Kriegs neugegründete Organisation wieder für die Werbearbeit aktionsfähig geworden ist.

Gewerbliche Kapitalanlagen im Kriege. Die Ansprüche von Gewerbe und Handel an den Geldmarkt haben im Laufe des Kriegs sehr stark nachgelassen. Für den Teil der gewerblichen Unternehmungen, der durch Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. repräsentiert wird, kann man die Beanspruchung des Geldmarktes ziffermäßig verfolgen. Für das Jahr 1913 betragen nämlich die Kapitalien, die für diese Unternehmungen zu Neugründungen und Kapitalserhöhungen aufgewendet wurden, noch 118,37 Millionen Mark. Im Jahre 1914 gingen sie aber schon infolge der Einwirkungen des Kriegs auf 95,57 Millionen Mark zurück. Jedoch die volle Kriegswirkung kommt an den Neuinvestitionen erst deutlich im Jahre 1915 zum Ausdruck. Für dieses Jahr betrug die Summe der Neuinvestitionen nur noch 462,42 Millionen Mark. Daß im gegenwärtigen Krieg eine Erweiterung des Warenherstellungssystems nicht nötig ist, sondern wir mit den Produktionsanlagen, wie sie vor dem Kriege vorhanden waren, reichlich auskommen, das ist wohl der vornehmste Grund, der die Summe der Neuinvestitionen so gewaltig herabgedrückt hat. Vor allem zeigt sich eine starke Abnahme der Gründungstätigkeit. Für Neugründungen von Aktiengesellschaften wurden nur 54,19 Millionen Mark beantragt, gegen 216,44 im Jahre 1914. Etwas lebhafter war das Gründungsgeschäft bei den beweglicheren Handelsgesellschaften m. b. H. Hier wurden für Neugründungen 142,30 Millionen Mark beantragt, gegen 191,14 Millionen im Jahre 1914. Die Kapitalserhöhungen haben ebenfalls sehr stark abgenommen, aber bei den Aktiengesellschaften war die beantragte Summe immerhin noch recht bemerkenswert: sie betrug 220,69 Millionen, gegen 499,49 Millionen Mark im Jahre 1914. Bei den Gesellschaften m. b. H. stellte sie sich auf 45,24 Millionen, gegen 46,50 im Jahre zuvor. Betrachtet man die Bewegung der Neuinvestitionen nach den einzelnen Gewerben, so findet man eine sehr ungleichmäßige Bewegung. Eine Zunahme ist immerhin häufiger eingetreten, als man bei der groben allgemeinen Senkung erwarten sollte. Die Neuinvestitionen betragen nämlich in Millionen Mark in nachstehenden Gruppen:

	1914	1915
Handel (außer Banken)	122,37	126,57
Bergbau, Hütten und Salinen	53,28	82,45
Chemische Industrie	3,27	47,65
Elektrotechnische Erzeugnisse	3,19	37,68
Ledergewerbe	5,82	10,87
Graphische Gewerbe	5,32	8,13
Bekleidung und Reinigung	2,30	3,27

Im Handelsgewerbe, mit Ausschluß der Banken, fanden hauptsächlich viele Neugründungen von Handelsgesellschaften m. b. H. statt, die oft nur für eine kürzere Dauer berechnet waren. Viel stärker als die Zunahmen sind die Rückgänge besonders in den Gewerben, die in normalen Jahren ziemlich großen Kapitalbedarf bekunden, so bei den Banken und im Verkehrsgewerbe. Bei den Banken betragen 1914 die Neuinvestitionen noch 215,40 Millionen Mark, im Jahre 1915 gingen sie bis auf 9,99 Millionen Mark zurück. Man sieht daraus, daß die Banken zur Durchführung ihrer Geschäfte eine Vermehrung des eigenen Kapitals durchaus nicht nötig hatten, sondern daß sie bei der Lage des Geldmarktes, wie sie der Krieg geschaffen hat, auf jede merklige Beanspruchung von Kapitalmitteln verzichteten. Sehr stark sind auch noch die Neuinvestitionen im Verkehrsgewerbe zurückgegangen, nämlich von 117,55 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 21,93 im Jahre 1915. Vor allem muß hier berücksichtigt werden, daß unser überfüllter Verkehr ganz stockt, während die Ansprüche der Eisenbahnen auf dem gewerblichen Kapital-

märkte nicht zum Ausdruck gelangen. Weitere scharfe Rückgänge sind dann noch bei nachfolgenden Gewerben zu verzeichnen, bei denen die Summe der Neuinvestitionen in Millionen Mark betrug:

	1914	1915
Metalle und Maschinen	113,93	57,10
Elektrizitäts- und Gasgesellschaften	105,89	12,34
Leuchtmittel	84,49	0,94
Nahrungs- und Genussmittel	30,24	14,91
Baugewerbe	20,11	3,18

Profit und Patriotismus im Schuhhandel. Aus sachverständigen Kreisen wird der Arbeiterpresse mitgeteilt, daß die Forderung des Schuhwerks zum Teil auch darauf zurückzuführen ist, daß es von Deutschland an das Ausland, besonders an österreichische Schuhgroßhändler, geliefert wird, die angeblich „jeden geforderten Preis“ zahlen. Die deutschen Händler müßten nothgedrungen dieser Preisfesselung folgen und förmlich bitten, um nur überhaupt Schuhwerk zu bekommen. Unterstützt wird diese Angabe durch einen Artikel, der in der Nummer vom 27. Januar des „Schuhmarkt“, dem Fachblatte deutscher Schuhwarenhändler und -retailer, erschienen ist. Es heißt in diesem Artikel: „Unter diesen deutschen Schuhfirmen, die jetzt während des Kriegs ihre Fabriken im Ausland anboten, befinden sich leider größte und renommierteste Firmen. Haben denn diese Herren gar kein Verständnis für die wirtschaftliche Bedrängnis des deutschen Volkes, dem sie durch ihr Vorgehen die an und für sich schon so fündenturen Schuhe noch mehr verteuern? Haben diese Herren nichts davon gelesen, daß sich in zahlreichen Städten Wohlfühlvereine lediglich zu dem Zweck gebildet haben, der armen Bevölkerung Schuhe zu verschaffen, da diese sonst wahrscheinlich hart zu gehen müßte, besonders die Kinder? Sind es nicht diese Herren, die uns fortwährend entgegen, es fehle an Arbeitskräften und an Leder, um uns bestellte Ware prompt liefern zu können? Wieso kommen diese Herren dazu, in dieser schweren Zeit ihre Waren zum Schaden des eignen Volkes im Ausland anzubieten? Vielleicht werden sich die Herren damit zu entschuldigen versuchen, indem sie sagen, Österreich-Ungarn sei ein verbündetes Land. Das ist aber durchaus kein Grund, um die Schuhe, die wir im eignen Lande so nötig haben, nach dort hin zu verkaufen. Die Österreicher werden sich schon selbst helfen, sie brauchen die Fürsorge der deutschen Schuhlieferanten nicht. Die deutschen Schuhhändler aber sollten sich diejenigen Lieferanten, die in einer so unbestimmten Weise ihre (der Schuhhändler) Interessen mit Füßen treten, genau merken!“ Der Vorgang ist nicht uninteressant und liefert einen weiteren Beitrag zu dem Kapitel: Profit und Patriotismus oder: Wer zahlt am meisten?

Verschiedene Eingänge.

„Mitteilungen der Buchdruckerfachschule München.“ Nr. 9 und 10. Erster Jahrgang. Die „Mitteilungen“ erscheinen am 20. jeden Monats mit Schülerarbeiten als Beilage und werden an die Schüler unentgeltlich abgegeben; sie können aber auch von der Geschäftsstelle München, Goethestraße 12 I, zum Preise von jährlich 2,50 Mk., mit Porto 3,50 Mk., einzelne Nummern für 40 Pf., bezogen werden.

Geforben.

In Berlin am 26. Dezember der Drucker Hans Schmidt aus Meiningen, 29 Jahre alt — Gehirnerweichung; am 27. Dezember der Drucker Oskar Balkie aus Berlin, 64 Jahre alt — Nierenleiden; am 17. Januar der Seher Emil Rudloff aus Berlin, 70 Jahre alt — Herzschwäche; am 18. Januar der Druckerinvalide Gustav Rother aus Berlin, 41 Jahre alt — Lungenentzündung; am 20. Januar der Seher Otto Werner aus Ballenstedt, 62 Jahre alt — Lungen Schlag; am 21. Januar der Seher Hermann Werner aus Ober-Kesselsdorf, 60 Jahre alt — Lungenleiden; am 26. Januar der Seherinvalide Emil Dewitz aus Stifteritz, 45 Jahre alt — Blutvergiftung; an demselben Tage der Drucker Emil Kerre aus Berlin, 22 Jahre alt — Lungenleiden; am 28. Januar der Seherinvalide Ernst Sackebier aus Berlin, 56 Jahre alt — Herzschlag.

In Braunschweig am 27. Januar der Seher Karl Feuer, 42 Jahre alt.

In Dresden am 15. Januar der Seher Arno Zirnekin, 32 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Frankfurt a. M. am 1. Februar der Schweizerdegen Daniel Wagner aus Offenbach a. M., 50 Jahre alt.

In Halberstadt am 31. Januar der frühere Buchdruckerbesitzer Hermann Hartung, 53 Jahre alt — Herzschlag.

In Königsberg i. Pr. am 27. Januar der Seherinvalide Emil Funke aus Kolberg, 48 Jahre alt.

In Leipzig am 25. Januar der Druckerinvalide Oskar Keller aus Wörschitz im Erzgeb., 50 Jahre alt — Lungen- und Kehlkopfentzündung; am 30. Januar der Drucker Bruno Pippig aus Leipzig-Volkmarisdorf, 63 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Magdeburg am 27. Januar der Drucker Max Riegg, 49 Jahre alt — Herzschlag.

In Mannheim der Invalide Wilhelm Kieselhorst aus Odenburg, 65 Jahre alt; am 29. Januar der Buchdrucker Franz Soffart, 72 Jahre alt.

In Nürnberg am 31. Januar der Invalide Paul Marlin von dort, 69½ Jahre alt.

In Pforzheim am 27. Januar der Buchdrucker Hermann Störk aus Kraichenwies, 54 Jahre alt.

In Steglitz am 22. Januar der frühere Faktor Hermann Langenbecker, 62 Jahre alt.

In St. Louis am 13. Dezember der Redakteur Henry Hermanns aus Nachen, 65 Jahre alt — Herzschlag.

In Straßburg die Seher Karl Böls aus Bühlitz, 25 Jahre alt, Walter Schimann aus Grefelswald, 25 Jahre alt, Max Krey aus Kröslein, 31 Jahre alt.

In Stuttgart am 26. Januar der frühere Gauvorsteher von Württemberg Karl Arie, 64 Jahre alt — Arterienverkalkung.

In Wien am 14. Januar der Seher Johann Lambrichter, 43 Jahre alt; am 19. Januar der Korrektor Joseph Gruber, 43 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Emil Maner; Richard Wagner (S.); Wenzel Weishaupt (S.); Joseph Martinuzzi; Adol Reicha (Dr.); Gabriel Schloß (Dr.); Paul Koisl (S.)

Briefkasten.

M. J. in R.: 1. Für (genügende) Auskunft freundlichst Dank. 2. Gene Verwendungsfähigkeit wäre jetzt auch nicht nach persönlichem Geschma. — W. K. in R.: Wir danken Ihnen für die Ausführung des Auftrages, an der Zahre von Karl Arie einen Scheidbegruß von uns auszusprechen. — Nach Fr.: 1. Eingang wird bestätigt; es haben sich beim Lesen mehr Verdauungsbeschwerden eingestellt, als die eine Sache Genugnung zu bereiten vermochte. 2. Wird ausgerichtet. 3. Ging in letzter Zeit persönlich gar nicht nach Wunsch. Beste Grüße! — G. K. in St.: Wurde möglich gemacht, da schon bestimmt damit gerechnet. Freundl. Gruß! — G. K. in W.: Wir danken bestens für Ihre interessanten Mitteilungen, die wir unserm Kriegsarchiv einverleiben werden. Von den bewußten „Bildern“ haben wir noch nichts gesehen; es würde uns aber freuen, wenn Ihre diesbezüglichen Bemühungen Erfolg hätten. Die Nummern der Zeitung gingen uns von Anfang an bis heute regelmäßig zu; wir sind also damit versehen. Frdl. Gruß! — P. K. in Zwickau: 3,20 Mk. — G. K. in Berlin: 2,75 Mk. — Chr. B. in Konstanz: 2,30 Mk.

Eine Anzahl örtlicher Vorstände ist in dieser Woche von mir daran erinnert worden, daß eine bereits im Dezember erbetene Mitteilung noch aussteht (siehe auch Nr. 7 d. Z.). Ich bitte nun um größte Beschleunigung oder um Benachrichtigung, daß die gewünschte Angabe nicht gemacht werden kann. Mit dieser oder mit jener Antwort muß ich aber in den nächsten Tagen bestimmen rechnen können. W. Krab.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schanzenplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Von Sonntag, den 30. Januar d. Z., ab, gelangt an erkrankte Mitglieder, die mindestens 250 Beiträge entrichtet haben, die statutarische Unterküfung von 1,40 Mk. täglich wieder zur Auszahlung.
Berlin. Der Verbandsvorstand.

Adressenveränderungen.

Lüdenscheid i. W. Vorsitzender und Kassierer: Max Görchner, In der Landwehr 10.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsstraße 2.
Böckum. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wahnefeld in Böckum, Hermannshöhe.
Dortmund. Generalversammlung Sonntag, den 6. Februar, vormittags 10½ Uhr, im „Schwarzen Raben“, Hanfstraße.
Essen. Generalversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2½ Uhr, im Vereinslokal Kleinendorn, Kellinghauser Straße.
— Bezirksversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal Kleinendorn, Kellinghauser Straße.
Koblenz. Generalversammlung Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.
— Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 1½ Uhr, in Hildburghausen.
Magdeburg. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Februar, abends 8½ Uhr, im „Diamantbräu“, Berliner Straße 14.
Mann. Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Gulenberg“.
— Maschinenleherversammlung Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, im „Gulenberg“.
Pöfen. Generalversammlung heute Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im „Sächsischen Hof“, Breslauer Straße 15.
Stendal. Generalversammlung heute Sonnabend, den 5. Februar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal (Möhl).
Striegau. Versammlung heute Sonnabend, den 5. Februar, abends 8½ Uhr, im „Norddeutschen Hof“.

Am 5. August wurde die polnische Königsstadt Warschau erobert. Fünf Tage nach dem Falle der Festung ging durch alle deutschen Gänge die Nachricht: „Die Deutsche Warschauer Zeitung“ ist erschienen. Der Fachmann betrachtete mit Bewunderung das aus Warschau kommende Erzeugnis deutschen Geistes und Energie. In der Broschüre



schilbert der Kollege M. Leipzig, gegenwärtig Unteroffizier und Leiter der deutschen Staatsdruckerei in Warschau, äußerst spannend die Gründung und technische Einrichtung der Zeitung. Dieses Buchlein ist ein wertvoller Beitrag zur Kriegsliteratur. Preis nur 35 Pf., Porto 5 Pf. Versandstelle: Emil Frotscher, Leipzig 3, Köpfiger Straße 41.

Typographische Vereinigung Berlin

Die Eröffnung unseres

Skizzierkursus

findet am Sonntag, dem 13. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2, statt.

Anmeldungen werden entgegengenommen vom Vorsitzenden Otto Woniński, SO 26, Oranienstraße 177 II, im Lesezirkel, Ohmstraße 2, der L. B. B. am 6. Februar, von 10 bis 12 Uhr vormittags oder am Eröffnungstage.

Der Lesezirkel der L. B. B.

findet an jedem ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2, statt.

Mittwoch, 23. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2:

Jahreshauptversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Wahl des Vorstandes. 5. Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes.

Gebier und Maschinenmeister

für dauernde, gute Stellung sofort oder später gesucht. [459]
M. Sendel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29.

Monotypsetzer

sucht sofort. [467]
Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

Buchdruckmaschinenmeister Monotypsetzer, Schriftsetzer

gesucht. Meldungen mit Angaben über besondere Kenntnisse und Gehaltsforderung erbeten an
H. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8. [416]

Tüchtige Maschinenmeister

sucht. [423]
Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

Maschinenmeister

suchen für sofort, oder später (einen für König & Bauerschen Rollrenner mit Unterverfahrenapparat) [454]
Gebrüder Finauer, Frankfurt a. M.

Tüchtiger

Buchdruckmaschinenmeister

milktüchtig, welcher sich für den Posten eines [460]

Saalmeisters

eignet und an gutes, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, findet dauernde, gutbezahlte Stellung. Schriftliche Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten.

Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Buchdruckmaschinenmeister

milktüchtig, findet Gelegenheit, sich als [461]

Tiefdrucker

praktisch auszubilden. Schriftliche Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten.

Buchdruckerei Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Gebrauchte

Zeitungsmasern

werden gekauft, auch Mahulatur. Preisofferte mit kleinem Musterabschnitt unter M. O. 2441 an die Annoncenexpedition Invalidentank München. [444]

Nach Kiel

sucht tüchtiger Drucker, auch mit Anlageapparat vertraut, Stellung. Offerten unter Nr. 470 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Buchdruckmaschinenmeister

möglichst milktüchtig, zur Bedienung von Ein- und Zweifarbenmaschinen gesucht. Bewerbungen mit Angabe des verlangten Lohnes mündlich oder schriftlich erbeten an Giesecke & Devrient, Leipzig, Münzberger Straße 12. [462]

Tüchtigen, zuverlässigen

Maschinenmeister

mit Klein- & Ungererschem Anlageapparat vertraut, suchen

Pfefferkorn & Döhne,
Leipzig-21., Stoblgartenstr. 57, S. I.

Tüchtige

Maschinenmeister

für dauernde Stellung bei Lohn und Kriegszulage gesucht.

Liebheit & Thiesen, Berlin C 19,
Niederwallstraße 15. [290]

Schriftgießer

der in Rund- und Flachstereotypie erfahren oder sich dazu einrichten will, sofort gesucht. [455]
Schuh-Druckerei, München, Herrenstraße 6.

Galvanoplastiker

möglichst milktüchtig, gesucht. Bewerbungen erbeten an

Giesecke & Devrient,
Leipzig, Münzberger Straße 12. [463]



Teilzahlung.

Uhren und Goldwaren, Photoartikel, Feldstecher, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.

Kataloge gratis und franco liefern
Berlin A. 407.
Sonnä & Co., Belle-Alliance-Str. 7/10.

Nicht zufrieden mit den Opfern, die wir dem Bürger Tod bisher auf den Schlachtfeldern bringen mußten, riß er auch in die Reihen unserer daheimgebliebenen Mitglieder eine klaffende Lücke: unser lieber Kollege [468]

Arno Zirnstein

ist nicht mehr. Nach elwöchigem Leiden verstarb er, scheinbar der Genesung entgegengehend, an den Folgen einer Rippenfellentzündung.

Der Verstorbene war bis zu seinem frühen Tode Kassierer unserer Vereinigung; bis Kriegsbeginn bekleidete er das gleiche Amt im Vorstande des Kreises Dresden (B. d. L. G.). In dieser Zeit lernten ihn alle Kollegen als pflichterfülltes, strebsames Mitglied schätzen, seinen Vorkammlingen wurde er ein lieber Freund. Wir werden ihn nie vergessen!

Graphische Vereinigung Dresden.

Am 28. Januar verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege und langjähriger Mitglied, der Geher [458]

Karl Geher

im Alter von 42 Jahren.

Seine feinen Andenken bewahrt
Bezirksverein Braunschweig.

Als weiteres Opfer des grausamen Völkerrings fand am 15. Januar den Tod für das Vaterland unser lieber Kollege, der Geher [473]

Karl Mahle

aus Reuzlitzgen, im Alter von 22 Jahren. Wir werden dem braven Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.
Bezirks- und Ortsverein Konstanz.

Am 31. Januar verstarb nach längerem Leiden unser Kollege, der Inwalde [464]

Paul Martin

aus Nürnberg, im Alter von 69 $\frac{1}{2}$ Jahren.

Der Verstorbene war früher mehrere Jahre Reichsaufsichtsrat und auch Vorstandsmitglied der Mittelliedschaft.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt
Die Mittelliedschaft Nürnberg.

Am 1. Februar verstarb nach kurzer Krankheit unser werter Mitglied, der Schwelgerdegen [471]

Daniel Wagner

aus Offenbach a. M., im Alter von 50 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am Montag, dem 31. Januar, verstarb infolge Herzschlags unser lieber Kollege, der frühere Prinzipal und Inwalde [466]

Hermann Hartung

in seinem 54. Lebensjahre.

Der Verstorbene war in seinen jungen Jahren ein eifriges Verbandsmitglied, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Mittelliedschaft Halberstadt.

Am 23. Januar fand auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser lieber Kollege, der Justitzer [472]

Kurt Große

aus Leipzig, Volkmarisdorf, den Heidenhof im Alter von 24 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Als weiteres Opfer des Weltkriegs fand auf dem westlichen Kriegsschauplatz den Heidenhof für das Vaterland unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [469]

Ludwig Blank

aus Saargemünd, 31 Jahre alt, zuletzt in Heidenhofen in Kondition.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Bezirksverein Metz.

Als ein weiteres Opfer des Weltkriegs erlitt den Heidenhof durch Kopfschuß am 25. Januar unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [465]

Emil Braach

Landw.-Ing.-Reg. Nr. 35 im Alter von 37 Jahren.

Mit ihm verlieren wir einen lebensfrohen und braven Mitarbeiter, dessen wir stets ehrend gedenken werden.
Das Personal der Sgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Der Gesamtauflage der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Bauer & Ko., Sanatogen-Werke in Berlin, bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.